

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau  
1 Rthl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie  
incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Sgr. 6 Pf.  
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei-  
ten Feiertage.



Alle Verkäufe nehmen Bestellung auf dieses Blatt  
an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung,  
Herrenstraße Nr. 20.  
Insertions-Gebühr für den Raum einer vierteljährigen  
Petition 1 1/2 Sgr.

# Breslauer

# Zeitung

N<sup>o</sup> 179.

Montag den 30. Juni

1851.

## Abonnements-Anzeige.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf die Breslauer Zeitung, welche wie bisher, bei unveränderter politischer Richtung, täglich des Morgens, und nur Montags des Nachmittags erscheint.

Sie wird wie bisher bemüht sein, den Leser möglichst rasch und vollständig von allem Geschehenen und für die Tages-Politik Interessanten zu unterrichten, so wie ihn durch betrachtende und erörternde Artikel über die Bedeutung der wichtigsten Tagesfragen zu verständigen, und in dieser Beziehung ihrer Aufgabe, als politisches Organ zu wirken, immer mehr entsprechen.

Sie wird aber außerdem den handelspolitischen Interessen der Provinz, in dem bereits zu wiederholten Malen klar ausgesprochenen Sinne zu dienen, dem Handel, dem Ackerbau und der Industrie theils durch referirende, theils durch raisonnirende Artikel nützlich zu werden suchen.

Sie wird überdies der Gesetzgebung und Rechtspflege so wie der Administration eine besondere Aufmerksamkeit widmen und in einem eigends hierzu bestimmten Theile der Zeitung von allen dahin einschlagenden Ereignissen, welche von allgemeinem Interesse sind, Akt nehmen.

Ebenso wird sie noch eine besondere Rubrik für Kunst, Literatur und Wissenschaft einrichten, überhaupt aber bemüht sein, durch Sichtung und sachgemäße Abgrenzung des Stoffes dem Leser möglichst bequem zu werden.

Dieser Zweck soll auch äußerlich durch die bereits eingeführte Format-Änderung erreicht werden. Die Zeitung wird dadurch handlicher, bequemer lesbar, ohne, wie schon aus dem Vorhergehenden erhellt und bereits erfahrungsmäßig feststeht, in dem Umfang des zu liefernden Stoffes verkürzt zu werden.

Ueberhaupt wird die Redaktion wie die Expedition der Zeitung allezeit ein aufmerksames Ohr für die Wünsche des Publikums haben und die stete Bereitwilligkeit an den Tag legen, denselben, so viel thunlich, nachzukommen.

Trotz der Erweiterung der Zeitung bleibt der Abonnements-Preis derselben, wie früher, am hiesigen Orte 1 Rthl. 15 Sgr., auswärts im ganzen preussischen Staate 1 Rthl. 24 1/2 Sgr. incl. Porto. Die viertheilige Petit-Zeile oder deren Raum wird den Inserenten mit 1 1/4 Sgr. berechnet. Auf die Breslauer Zeitung nehmen alle Post-Ämter Bestellungen an.

Neue Pränumerations-Bogen sind in Breslau in Empfang zu nehmen:

Albrechtsstraße Nr. 27, bei Herrn Lauterbach.  
Albrechtsstraße Nr. 39, bei Herrn Carl Straka.  
Albrechtsstraße Nr. 52, bei Herrn Stryck u. Tiesler.  
Breitestraße Nr. 40, bei Herrn Hoyer.  
Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1, bei Herrn Kössner.  
Buttermarkt Nr. 4, (Ring) bei Herrn R. Scholz.  
Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 5, bei Herrn Herrmann.  
Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 9, bei Herrn Schwarzer.  
Goldne Radegasse Nr. 7, bei Herrn Pinoff.  
Gräbnerstraße Nr. 1a, bei Herrn Junge.  
Junkerstraße Nr. 33, bei Herrn H. Straka.  
Karlsplatz Nr. 3, bei Herrn Kraniger.  
Klosterstraße Nr. 1, bei Herrn Beer.  
Klosterstraße Nr. 18, bei Herrn Syring.  
Königsplatz Nr. 3 b, bei Herrn H. Bosaß.  
Kupferschmiedestraße Nr. 14, bei Herrn Fedor Riedel.  
Breslau, im Juni 1851.

Matthiasstraße Nr. 17, bei Herrn Schmidt.  
Neue Sandstr. 5, bei Herren Neumann u. Bückner.  
Neumarkt Nr. 12, bei Herrn Müller.  
Neumarkt Nr. 30, bei Herrn Tieze.  
Oberstraße Nr. 1, bei Herrn C. G. Weber.  
Ohlauerstraße Nr. 83, bei Herren Bial u. Comp.  
Ohlauerstraße Nr. 55, bei Herrn C. G. Felsmann.  
Ohlauerstraße Nr. 62, bei Herrn Rathstodt.  
Ohlauerstraße Nr. 70, bei Herrn Jacob.  
Ohlauerstraße Nr. 75, bei Herrn Hoppe.  
Reuschestraße Nr. 1, bei Herrn Neumann.  
Reuschestraße Nr. 12, bei Herrn Eliason.  
Reuschestraße Nr. 37, bei Herrn Sonnenberg.  
Ring Nr. 6, bei Herren Joseph Marx u. Comp.  
Ring Nr. 10/11, bei Herrn Hahn.  
Rosenthalerstraße Nr. 4, bei Herrn Helm.

Sandstraße Nr. 12, bei Herrn v. Langenau.  
Schmiedebrücke Nr. 36, bei Herrn Steulmann.  
Schmiedebrücke Nr. 43, bei Herrn Läte.  
Schmiedebrücke Nr. 56, bei Herrn Leyser.  
Schweidnigerstr. Nr. 36, bei Herren Stenzel u. Co.  
Schweidnigerstraße Nr. 50, bei Herrn Scholz.  
Neue Schweidnigerstraße Nr. 4, bei Herrn Böncke.  
Neue Schweidnigerstraße Nr. 6, bei Herrn Lörcke.  
Neue Schweidnigerstraße Nr. 7, bei Herrn Scheurich.  
Stockgasse Nr. 13, bei Herrn Karnasch.  
Tauenzienplatz Nr. 9, bei Herrn Reichel.  
Tauenzienstraße Nr. 71, bei Herrn Thomale.  
Tauenzienstraße Nr. 78, bei Herrn Herrn. Enke.  
Weißgerbergasse Nr. 49, bei Herrn Strobach.  
Weidenstraße Nr. 25, bei Herrn Siemon.

Graf, Barth und Comp. (S. Barth), Verleger der Breslauer Zeitung.

**Inhalt.** Preußen. Berlin. (Amtliches.) — Berlin. (Kreis- und Provinzial-Vertretung.) — (Die Stellung Rußlands zur dänischen Frage.) — (Ein Kongreß zur Regelung des deutschen Heimathrechts.) — (Bundestagliches.) — Berlin. (Hof- und Personal-Nachrichten.) — Berlin. (Zur Tages-Chronik.) — Koblenz. (Die Ankunft Sr. Majestät wird erwartet.) — Deutschland. Frankfurt. (Erklärung des Dr. Zuchow.) — Kassel. (Die ersten Schritte zur Beseitigung der Verfassung.) — (Ein Komplott zu Marburg. Erzeße bayerischer Soldaten.) — Marburg. (Hausfuchung.) — Heidelberg. (Hausfuchung.) — Mannheim. (Verhaftungen.) — Freiburg. (Das Denkmal Rottcks.) — Stuttgart. (Kammerverhandlungen.) — Gütth. (Hausfuchungen.) — Dresden. (Abreise des Ministers Beust. Neue Enthüllungen.) — Hannover. (Der Rücktritt Stübe's.) — Dänemark. Kopenhagen. (Die Ankunft der Herren Lillisch und Rebeck.) — Oesterreich. & Wien. (Armee-Reduktion. Eintreibung der Steuer-Rückstände. Des Kaisers Reise.) — Frankreich. \*\* Paris. (Die Revisionsfrage. Der Beuve'sche Antrag auf Aenderung des Handelsystems. Vermischtes.) — Rußland. (Niederlage der Russen im Kaukasus.) — Portugal. \*\* Lissabon. (Gerücht von einem theilweisen Ministerwechsel.) — Mannigfaltiges.

## Telegraphische Nachrichten.

London, 27. Juni. In Madras hat ein Orkan großen Schaden angerichtet; man hört von mehreren Schiffbrüchen.

London, 27. Juni Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 97 1/2. Kornmarkt, geschäftslos.

Hamburg, 28. Juni. Weizen, ganz nominell 3, 4 niedriger. Roggen flau. Del 21 1/2. (Berl. N.)

Venedig, 26. Juni. Der eine Zeit lang suspendirte „Lombardo veneto“ ist wieder erschienen. Wie er vernimmt wird die hiesige Hafensfreiheit am 11. August 1. J. ihren Anfang nehmen.

Turin, 24. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat die ersten drei Artikel des Industrie- und Handelssteuergesetzes genehmigt.

Parma, 24. Juni. Die Großherzogin von Toskana Maria Ferdinanda ist gestern Abend aus Mailand hier eingetroffen, und schon heute 11 Uhr Vormittags über Modena nach Florenz abgereist.

## Preußen.

Berlin, 28. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem französischen Obersten Gallier vom Generalstab den rothen Adlerorden zweiter Klasse, den Superintendenten v. Herrmann zu Hohenfriedberg, Regierungsbezirk Liegnitz,

und Küßell zu Stolp, Regierungsbezirk Köslin, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, sowie dem Hofmaler Hildebrandt in Berlin den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der königlich dänische Staatsminister Moller, von Hamburg. — Abgereist: Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich schwedischen und norwegischen Hofe, Kammerherr v. Brastier de St. Simon, nach der Rheinprovinz.

[Militär-Wochenblatt.] v. Seydow, Major vom 12. Inf. Regt., als Komdr. des 3. lomb. Inf. Bats. kommandirt. v. Erzhewski, Sec. Lt. vom 6. v. Seyfried, Sec. Lt. vom 38. Inf. Regt., noch auf 1 Jahr als Erzieher, v. Binning, Gen. Major u. Komdr. der 10. Div., mit der einstweil. Führung der Geschäfte des Gen.-Kommandos V. Armeekorps beauftragt. v. Ploetz, Major vom 14., ins 27. Inf. Regt., v. Kefowsky, Major vom 25. Inf. Regt., als Komdr. des 8. lomb. Inf. Bats. kommandirt. Bei der Landwehr: Gr. Bismarck v. Böhlen, Oberst, von dem Verhältniß als Führer des 2. Aufgeb. vom 3. Bat. 2. Regts. entbunden, und soll derselbe à la suite des Bats. geführt werden. Bernede, Major a. D., zuletzt im 7. Jäger-Bat., zum Führer des 2. Aufgeb. vom 2. Bat. 2. Regts. ernannt. v. Ziegler u. Klipphausen, Hauptm. vom 3. Bat. 10. Regts., ins 3. Bat. 32. Regts. einrangirt. Bülle, Major a. D., zuletzt im 25. Inf. Regt., zum Führer des 2. Aufgeb. vom 3. Bat. 28. Regts. Maacke, Major u. Train-Rendant des III. Armeekorps, mit Pension in den Ruhestand versetzt. v. Bränned, Gen.-Lieut. u. int. kommand. General des V. Armeekorps, als General der Inf. mit Pension der Abschied bewilligt. Henning, Major vom 27. Inf. Regt., als Oberlieut. mit der Regts.-Unif. mit den vorchr. Abz. f. B. u. Pension. Lange, Garn.-Verwalt.-Kontrolleur zu Glogau, als Lazareth-Insp. 1. Kl. nach Erfurt versetzt. Nisius, Lazareth-Insp. 2. Kl. in Glogau, in

eicher Eigenschaft nach Danzig. Schmidt, Lazareth-Unter-Inspekt. in Magdeburg, zum int. Lazareth-Inspr. 2. Kl. in Schweidnitz ernannt. Wilske, Standtte, Hartwig, Kasernen-Inspektoren 1. Kl. in Erfurt, Glatz u. Stettin, zu Garnison-Verwalt.-Kontrollen in ihren bisher. Stellen befördert.

**Berlin, 28. Juni.** [Kreis- und Provinzial-Vertretung.] In Gleiwitz haben die Stände die interimistische Kreisvertretung wieder übernommen. In Heinrichswalde (Kreis Niederung) hat die Reaktivierung, wie die Königsb. Hart. Zeitung schreibt, stattgefunden. Eine Verstärkung der Vertreter der Landgemeinden wurde nicht beliebt. Nur ein Rittergutsbesitzer, Hr. Wander auf Birkenfelde, stellte einen Antrag, sie bis zur Zahl der Rittergutsbesitzer zu verstärken. Die Andern wollten nichts davon hören.

Ueber die schon zum Theil bekannten Beschlüsse der Koblenzer Stände schreibt man noch der halbamtlichen „Karlsruher Zeitung“ aus Koblenz, 24. Juni: Endlich ist auch gestern in unserm Regierungsbezirk, und zwar in unserer Stadt, zuerst der Versuch gemacht worden, die alten Kreisstände wieder ins Leben zu rufen und von ihnen die Wahl einer Kommission für die Vertheilung der Einkommensteuer vornehmen zu lassen. Allein unter den versammelten 22 Mitgliedern erklärten sofort 17 ihr Mandat erloschen und sich zu solch einer Wahl nicht befugt, indem sie die schon bekannten Gründe für ihre Weigerung angaben. Die übrigen 5 Mitglieder hielten es hiernach nun auch nicht gerathen, zur Wahl zu schreiten.

So viel steht bereits fest, daß, was unsere Rheinprovinz betrifft, der Widerstand gegen die ministeriellen Ordnungen ein sehr entschiedener und kompakter ist; namentlich scheint es, daß in unferner Nähe in keinem der Kreise die von der Regierung gewünschte Willfährigkeit angetroffen werden wird; daß auch unter unsern höhern Verwaltungsbeamten eine vielfache Mißbilligung in Betreff der Reaktivierung der Kreistage herrscht, glaube ich Ihnen schon mitgetheilt zu haben.

Von den Kreisständen des Regierungsbezirks Potsdam — sagt die Pr. Ztg. — haben diejenigen der Kreise Westhavelland, Jüterbogk, Prenzlau, Ober-Barnim, Teltow, Ost-Prignitz, Ruppiner, Angermünde, Templin die Kreisvertretung in Gemäßheit des Erlasses des Hrn. Ministers des Innern vom 15. v. M. übernommen und gleichzeitig eine Verstärkung der Abgeordneten für die Städte und Landgemeinden, meist auf das Doppelte der bisherigen Anzahl und darüber, beschlossen. Aus den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks liegen uns nähere Nachrichten noch nicht vor, obwohl die betreffenden Beschlüsse bereits in allen Kreisen gefaßt sein sollen.

Die „Vossische Zeitung“, deren Erörterungen natürlich nur mit Rücksicht auf die Absichten, die bei der „Mittheilung“ derselben obwalten, beachtet werden, hofft heute, daß die „Pr. Ztg.“ indem sie das Ministerium gegen die verfassungswidrigen Tendenzen der Stände feierlich (?) verwahrt, kein Dementi durch die That erfahre.

Das C. B. sieht sich heute abermals veranlaßt, uns die zwischen dem Ministerium und der Kreuzzeitungs-Partei bestehenden Differenz, betreffend die Reaktivierung der Kreis- und Provinzialstände aufmerksam zu machen und zu bedauern, daß unsere Regierung außerhalb der Parteien steht; es sagt: „Die Verfassung der Provinzialstände hat, nachdem sich die liberale Opposition einigermassen erschöpft, eine andere Opposition wachgerufen, die einer Partei von nicht geringer Bedeutung. Die äußerste Rechte, die ausschließliche Befürworterin ständischer Prinzipien, hat in der bloß provisorischen Reaktivierung der alten ständischen Organisation, eine Verletzung von Rechten, die diese Partei so werth hält, daß auch sie, wenn schon nicht von der Kammertribüne doch deutlich genug den Ruf ertönen läßt: „Weg mit diesem System!“ — Dieser Konflikt zwischen den Ministern des Königs und der neupreußischen Partei, wie er sich im Augenblick blosstellte, mußte nothwendig eintreten, nachdem die Partei der Ultrakonservativen im Hinblick auf die Thätigkeit ihrer Geistesverwandten in Oesterreich den Zeitpunkt gekommen glaubt, wo gründlich restaurirt werden muß, den Moment, wo an die Stelle der „centralisirenden Bureaucratie“ die ständische Monarchie mit allen ihren Konsequenzen treten muß. Nicht die Anerkennung des ständischen und korporativen Prinzips Seitens der Regierung genügt, nicht das ausgesprochene Verlangen, anzuknüpfen an alte Institutionen, — nein es giebt nur eine Parole, „Restauration und nichts als die ganze Restauration!“ — Aber man wird sich irren, wenn man auf die Nachgiebigkeit der Minister Sr. Majestät baut, die Regierung hat den Wünschen der Partei Rechnung getragen, so weit ihre Pflicht, so weit ihr Eid es erlaubte. — Bis hierher ist man gemeinsam gegangen, aber nicht weiter! — Die Regierung Sr. Majestät steht außerhalb jeder Partei, diese Tradition gehört zu den ältesten im Königreiche.

[Die Stellung Rußlands zur dänischen Frage und das Verhältniß Oesterreichs zu Frankreich.] Die Stellung Rußlands zur dänischen Frage soll bekanntlich durch die Mission des Generals Thümen nach Warschau eine durchaus veränderte, und namentlich der jetzt nahe geglaubte Sturz der Casino-Männer in Kopenhagen eine Folge der Verabredungen in Warschau sein. Der Wiener Korrespondent des „Schw. M.“ will wissen, der Kaiser von Rußland habe bestimmt erklärt, in der schleswig-holsteinischen Frage einzig und allein der Politik Oesterreichs zu folgen und ihr daher allen möglichen Nachdruck zu geben, wenn dieses nothwendig werden sollte. Preußen habe in einer eigenen Note der dänischen Regierung denselben Entschluß kundgegeben. Rückfichtlich der Erbfolge habe man zwar noch keinen definitiven Beschluß gefaßt, es stehe aber zu erwarten, daß man dem Proteste des Herzogs von Augustenburg keine besondere Beachtung widmen werde, obwohl man behaupte, daß der Herzog von Frankreich aus unterstützt werde und Herr Baroche bereits eine Note nach Wien gesendet habe, in welcher die Ansprüche des Herzogs warm befürwortet seien. — Die „B. Z.“ schreibt: Ein Ultimatum in optima forma ist dem Herrn v. Reebz, wie man hört, in Wien und Berlin nicht gestellt, wohl aber sollen denselben verschiedene Punkte bezeichnet worden sein, welche man von deutscher Seite als die Bedingungen eines endlichen Uebereinkommens betrachtet. Es sollen dieselben, vom Bundesbeschlusse vom 17. Sept. 1846 ausgehen, sich zuvörderst auf die Rechte Holsteins, und sodann auch auf die altherkömmliche Verbindung Holsteins mit Schleswig und endlich auf die Gleichberechtigung beider Nationalitäten Schleswigs, der deutschen wie der dänischen, beziehen. In letzterer ist die Verwerfung der von Dänemark gewünschten Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes in Schleswig, als eines fait accompli, mit enthalten.

Man schreibt uns aus Wien Folgendes, das die wiederholten Andeutungen unsers Pariser Korrespondenten bestätigt: Daß Frankreich sich immerdar noch weigert, den Eintritt Oesterreichs mit seinem Gesamtgebiete in den deutschen Bund gelten zu lassen, ist wahr. Allein nicht minder gewiß ist, daß hier und zwar in den coteries suprêmes ein für des Präsidenten Sache vortheilhafter Umschwung der Ansichten eingetreten ist. Geräth die Revision zu seinen Gunsten, wird man zu Frohsdorf, aber

nicht zu Wien darüber grollen. Man erblickt hierin eben nur eine Konsequenz des spezifisch-oesterreichischen Systems, welches auch nach dem J. 1830 etwa nach 4—5-jähriger, beobachtender Zurückhaltung mit der Julidynastie in einem ungleich intimeren Verhältnisse stand, als der „Kreuz-Zeitung“ lieb gewesen wäre, falls sie schon damals bestanden hätte. Tempora mutantur, ac systemata mutantur in illis.

[Ein Kongreß zur Regelung des deutschen Heimatrechts.] In Kurzem wird Seitens der deutschen Regierungen ein Kongreß in Gotha beschickt werden, welcher zum Zweck der Verhandlung über die Frage des deutschen Heimatrechts dort zusammentritt. Die anerkannte Nothwendigkeit, über diese Angelegenheit endlich zu festen und allgemein gültigen Bestimmungen zu gelangen, hat den Vorschlag zu diesem Kongreß hervorgerufen. Nach den gegenwärtig in den verschiedenen deutschen Staaten geltenden Grundsätzen in Betreff des Heimatrechts ist es leicht möglich, daß Jemand dasselbe ganz verlieren kann. In Preußen begründet erst ein 10-jähriger Aufenthalt ein Heimatrecht, eine längere als 3-jährige Abwesenheit verwirkt dieses Recht.

(C. B.) [Bundestagliches.] Die mehrseitigen Mittheilungen von einer demnächst bevorstehenden regeren Thätigkeit der Bundesversammlung zu Frankfurt können auch wir bestätigen. Das schätzbare Material der Dresdener Konferenzenarbeiten ist, wie man sich hier erzählt, jetzt in Frankfurt eingetroffen und es dürfte sich der Bundestag vorerst mit den Angelegenheiten der deutschen Presse beschäftigen. (N. Pr. Z.)

Was gegenwärtig mehrfach von einer Note berichtet wird, in welcher die österreichische Regierung sich bemühe, auseinanderzusetzen, daß die Frage wegen des Präsidiums zu Frankfurt nur eine Formfrage sei, indem die Stellung des Präsidialgesandten keinen tatsächlichen Vortheil biete, und darum nicht sowohl als ein Vorrecht, als vielmehr als ein Ehrenrecht zu betrachten sei, soll sich auf eine frühere Note beziehen, indem in der letzten Zeit eine derartige Note nicht erlassen worden sein soll. (B. Z.)

Die Nachricht, daß in Frankfurt in diesem Augenblicke besonders die für nothwendig gehaltenen militärischen Maßregeln eifrig betrieben werden, wird von mehreren Seiten bestätigt. Unter andern meldet der N. C., daß außer der ungefähr 5000 Mann starken Besatzung Frankfurts zur Wahrung der Sicherheit der Bundesversammlung „ein Bundesarmekorps“ von 15,000 Mann auf verschiedenen Punkten in der Umgegend von Frankfurt aufgestellt werden soll. (Const. Z.)

Wie erwähnt kürzlich einige Andeutungen von verschiedenen Seiten, wonach die Reise des Herzogs von Braunschweig nach Wien in Verbindung mit einer projektirten Vermählung des Herzogs stehen sollte. Die B. Z. formulirt heute jene Andeutungen bestimmter dahin, daß Oesterreich öfters zu verstehen gegeben haben sollte, es würde seinen Einfluß zur Zurücknahme des Bundesbeschlusses, der die Succession der etwaigen legitimen Nachkommenschaft des vertriebenen Herzogs Karl vorbehielt, verwenden, wenn der Herzog sich verbindlich mache, eine österreichische Prinzessin zur Gemahlin zu nehmen.

**Berlin, 28. Juni.** [Hof- und Personal-Nachrichten.] Der Herr Ministerpräsident begab sich gestern Nachmittag zum Vortrage bei Sr. Majestät nach Sanssouci. Heute Vormittag 11 Uhr trat das Staats-Ministerium zu einer Berathung zusammen.

Der vry. Legationsrath Dr. Liebe ist als herzoglich braunschweigischer Gesandter gestern hier eingetroffen und hat heute Morgen dem Herrn Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Dem Vernehmen nach wird Herr Dr. Liebe zugleich mit der hiesigen Vertretung der herzoglich-nassauischen Regierung betraut werden, da auch die herzoglich-braunschweigische und nassauische in Frankfurt einen gemeinschaftlichen Vertreter haben. (Pr. Z.)

Dem Vernehmen nach soll es nunmehr entschieden sein, daß der österreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr v. Prokesch-Osten, auch für die Zukunft in seiner bisherigen Stellung bleiben wird; bekanntlich war eine Zeit lang die Rede davon, daß er seinen hiesigen Gesandtschaftsposten mit dem an der ottomanischen Pforte vertauschen würde.

Man schreibt aus Frankfurt vom 25. Juni der „Befreiung“: daß die Ernennung des Herrn v. Bismark-Schönhausen zum preussischen Gesandten demselben auf das allerbestimmteste zugesichert worden sei. Die Ernennung werde erfolgen, sobald er sich nur erst etwas in den Geschäftsgang hineingearbeitet habe. Dasselbe Schreiben meldet, Oesterreich werde schon in nächster Zeit mit der Anforderung an den Bundestag hervortreten, eine Abtheilung Bundestruppen nach Italien zu schicken. Dem Antrage werde eine ausführliche Erörterung beigegeben werden, um darzuthun, daß die Aufnahme der italienischen Provinzen in den deutschen Bund nicht erforderlich sei, und eine solche Leistung der Bundeshilfe zu rechtfertigen.

(N. Pr. Z.) Zu morgen Mittag werden im hiesigen kaiserlich russischen Gesandtschaftshotel erwartet: Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg mit Hochstodero Gemahlin, Ihrer kaiserl. Hoheit der Großfürstin Katharina.

Heute Vormittag 11 Uhr trat das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen, in welcher die Frage wegen Erneuerung des Handelsvertrages zwischen Preußen, resp. dem Zollverein und Belgien, zur Berathung kommen dürfte. Es wohnten dieser Sitzung auch die geheimen Räte Dellbrück und Philippsborn bei. — Der belgische Gesandte Herr v. Rothomb hatte vorher eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten.

**Berlin, 28. Juni.** [Tageschronik.] Die im Laufe dieser Woche erfolgte politische Auflösung einer Versammlung der Irvingianer macht noch immer viel von sich reden, da es bekannt ist, daß sehr viele einflußreiche Personen dieser Sekte angehören. Die Auflösung der Versammlung erfolgte allein wegen unterlassener Nachsicht der politischen Genehmigung, wie sie gesetzlich vorgeschrieben ist, und es ist anzuerkennen, daß Seitens der Polizei in solchem Falle durchaus keine Rücksicht auf die Personen genommen wird, welche das Gesetz außer Acht lassen. Aus dem Umstande, daß der Chefredakteur der N. Pr. Ztg., Assessor Wagner, bei den hiesigen Irvingianern die Würde eines „Vice-Engels“ bekleidet, und daß derselbe durch die Auflösung besonders berührt worden ist, leitet man die seit einigen Tagen gegen mehrere Personen gerichteten heftigen Angriffe und denunziatorischen Artikel des Zuschauers der N. Pr. Ztg. her.

Der braunschweigische geh. Legationsrath Dr. Liebe, welcher zum diplomatischen Geschäftsträger am hiesigen Hofe ernannt ist, traf gestern hier ein. Wie wir vernehmen, ist Herr Liebe auch die Vertretung Nassaus übertragen worden.

Wir berichten vor etwa acht Tagen von einer Pastoral-Konferenz, die um jene Zeit eine große Anzahl protestantischer Geistlichen aus verschiedenen Theilen des Landes hierher gezogen hatte. Wir erfahren jetzt, daß einen Hauptgegenstand der Verhandlungen die zahlreichen Uebertritte von der protestantischen zur katholischen Kirche ausgemacht haben. Ein Vortrag des Oberkonsistorialraths Prof. Nitzsch leitete die Diskussion über diesen Gegenstand, die sehr lebhaft geführt wurde, ein. Die Versammlung schloß mit der Anregung eines Planes, neben den bereits bestehenden Vereinen zur Beförderung der Juden und der Heiden, so wie neben den Gesellschaften für innere Mission auch einen Verein „zur Verbreitung des wahren Christenthums unter den Römisch-Katholischen“ zu gründen. — Gestern fand bei dem österreichischen Gesandten Herrn

von Prokisch eine Abendgesellschaft statt, in welcher auch der jetzt hier weilende berühmte französ. Tenorist Roger sang.

An Stelle des verstorbenen Link ist Prof. Dr. Klöden zum Großmeister der betreffenden Loge erwählt.

Auf Befehl des Herrn Kriegsministers wird die der mobilen Division des Generalleutnants von Bülow beigegebene Kompanie der 3. Pionniervision nebst dem zugehörigen Pontontrain demobilisiert, und in ihre Garnison zurückverlegt werden. Auch das Pferdedepot gedachter mobilen Division soll demnächst aufgelöst werden. (N. Pr. Z.)

Das Zeitungs-Bureau des Polizei-Präsidenten wird eine Verstärkung erhalten, da die Geschäfte desselben durch das neue Pressegesetz wesentlich erweitert worden sind.

Die „Sp. und „Pos. Ztg.“ erklären die Nachrichten, daß die Staatsanwälte aus den Provinzen hierher berufen seien, um an einer Verathung über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes Theil zu nehmen, und daß ein amtlicher Kommentar über die Sportelgesetze veranlaßt werde, in welchem u. A. auch eine Vergleichstabelle aufgenommen werden soll, welche das Staatsministerium zur Belehrung des Publikums habe entwerfen lassen, um fremde Geldsorten auf den Cours der preussischen zurückzuführen u. s. w., sicherem Vernehmen nach, für unbegründet.

Gestern (Freitag) wurde abermals der „Publizist“ polizeilich mit Beschlag belegt. — Die gestern konfiszierte Nummer der Urwähler-Zeitung ist noch im Laufe desselben Tages wieder freigegeben worden.

Die Zahl der Omnibuslinien in hiesiger Stadt beträgt jetzt 13.

Anfangs nächsten Monats wird hier in mehreren Stadttheilen der Bau von verdeckten Kanälen zum bessern Abfluß des Kinnsteinwassers begonnen werden.

Die neuen Vorsteher der hiesigen jüdischen Hauptgemeinde haben sich bereits konstituiert und ihr Amt angetreten. (N. Z.)

Der der Volkspartei angehörige ehemalige Bürgerwehr-Major von Kunowsky kam am Sonntag mit dem Nachmittagszuge der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn hier an, und wurde auf dem Eisenbahnhofe von Schugmännern in Empfang genommen, welche ihn in die Wohnung eines Polizei-Lieutenants geführt haben sollen. Herr v. Kunowsky soll aus London gekommen sein und man hat wahrscheinlich geglaubt, derselbe werde Papiere politischer Art bei sich führen. Nach einiger Zeit ist Herr v. Kunowsky wiederum entlassen worden. (E. Z.)

**Koblenz, 27. Juni.** Einem viel verbreiteten und wohl nicht unbegründeten Gerüchte zufolge stände unserer Stadt bei Gelegenheit der Huldigungsreise des Königs nach den Hohenzollern'schen Herzogthümern ein Besuch desselben bevor, und soll derselbe einige Zeit auf Schloß Stolzenfels zubringen wollen. — Von unserer Polizei werden gegenwärtig die hier befindlichen, im Fall einer Mobilmachung zum Militär-Dienste brauchbaren Pferde aufgezeichnet. (Kobl. Z.)

## Deutschland.

**Frankfurt a. M., 25. Juni.** [Dr. Fuch] giebt heute im Fr. Z. eine abermalige Erklärung ab, in welcher er sich gegen einige ihm gemachte Vorwürfe, wegen Veräußerungen aus dem Nachlaß der Nationalversammlung vertheidigt. Seit dem August 1849 hat er kein Geld mehr vom Reichsministerium bezogen und mußte also selbst für dessen Anschaffung sorgen. Von den vorhandenen 2000 kompletten Exemplaren der Verhandlungen setzte er in den letzten Jahren sechs Exemplare ab. Aus dem Verkauf des Manuskripts löste er 9064 Fl. 26 Kr., welche Summe sich auf 4238 Fl. 56 Kr. durch Geltendmachung mehrerer Forderungen Seitens der Buchhändler reduzierte.

**\*\* Kassel, 27. Juni.** [Die ersten Schritte zur Beseitigung der Verfassung.] Die lange erwarteten Schritte zur gänzlichen Beseitigung der Verfassung vom 5. Januar 1831 haben nun begonnen. Wir theilen vorläufig ohne allen Kommentar die nachfolgenden Verordnungen mit. (S. die telegr. Depesche der gestrigen Nummer d. Z.) Sie sind:

1) Verordnung vom 26. Juni 1851, die Aufhebung der Vereinigung des Offizier-Corps auf die Beobachtung und Aufrechterhaltung der Landes-Verfassung und Wiederherstellung des § 107 der Verfassungs-Urkunde von 1831 betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir **Friedrich Wilhelm I.**, Kurfürst u. c. c. Auf Veranlassung der beiden Kommissäre von Oesterreich und Preußen, als den durch Bundesbeschluß vom 11ten d. M. dazu bevollmächtigten hohen Regierungen, nämlich des kaiserl. königl. österreichischen Feldmarschall-Lieutenants, Grafen von Leiningen-Westerburg und des königl. preussischen Staats-Ministers Uden, und nach Anhörung Unseres Gesamt-Staatsministeriums, thun kund:

§ 1. Die Verpflichtung zur Beobachtung und Aufrechterhaltung der Landes-Verfassung ist aus dem Dienst- und Fahren-Eide der Offiziere Unseres Armeekorps hinwegzulassen.

§ 2. Das Gesetz vom 26. Oktober 1848 wird aufgehoben und tritt die dadurch aufgehobene Vorschrift des § 107 der Verfassungs-Urkunde wieder in Wirksamkeit.

Alle, welche es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer allerhöchstenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staats-Siegels gegeben zu Kassel am 26. Juni 1851.

(St.-S.)

**Friedrich Wilhelm.**

Vt. Hassenpflug. Vt. Volmar. Vt. Hapnau. Vt. Baumbach.

2) Verordnung vom 26. Juni 1851, den Dienst-Eid der Offiziere betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir **Friedrich Wilhelm I.**, Kurfürst u. c. c., verordnen in Beziehung auf die, durch Unsere Verordnung vom heutigen Tage bekannt gemachten Bestimmungen, nach Anhörung Unseres Gesamt-Staatsministeriums:

§ 1. Die eibliche Verpflichtung der Offiziere Unseres Armeekorps soll nach der in den Kriegsartikeln für die kurbesische Armee enthaltenen und für Offiziere eingerichteten Formel für den Soldateneid vorgenommen werden.

§ 2. Indem Wir alle Unsere Offiziere von dem von ihnen geleisteten Eide hiermit entbinden, soll alsbald eine anderweitige Vereidigung nach der nunmehr anzuwendenden Eidesformel unverweilt stattfinden. (U. s. w. wie oben.)

3) Verordnung vom 26. Juni 1851, die Bewilligung einer Amnestie betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir **Friedrich Wilhelm I.**, Kurfürst u. c. c. Nachdem Wir bereits durch die von Unserem Gesamt-Staatsministerium an das bleibende Kriegsgericht erlassene Instruktion vom 6. Februar l. J. darauf in Gnaden haben Bedacht nehmen lassen, daß gegen diejenigen Unserer zum Civilstande gehörigen Staatsdiener, deren Contraventionen gegen Unsere Verordnungen vom 4. 7. und 28. September v. J. und die darauf bezüglichen weiteren Anordnungen sich auf eine durch bloße Unterlassung betätigte, einfache Unfolgsamkeit zurückführen lassen, die Einleitung eines Strafverfahrens dadurch abgewendet werde, daß jeder einzelne, zur gerichtlichen Anzeige gekommene derartige Fall uns zum Zwecke der Niederschlagung vorgelegt werden sollte, nun aber die durch Unsere Verordnung vom heutigen Tage verkündigten Bestimmungen und die erwünschte Veranlassung darboten, sowohl in der eben erwähnten Beziehung, als hinsichtlich des Theiles Unseres Offizier-Corps, welcher unter dem Einflusse politischer Aufregungen in dem Verständniß der einschlägigen Bestimmungen und ihren Begriffen über den Inhalt des von ihnen geleisteten Eides, so wie über die Pflichten des Offizierstandes verleitet, zu übereilten Abschiedsgesuchen sich hinreißten ließen, Verzeihung eintreten zu lassen, finden Wir, um bei Durchführung der in Folge des Vollstreckungsverfahrens weiter nothwendigen Maßnahmen diejenige Milde vorwalten zu lassen, welche Wir mit Unseren landesväterlichen Pflichten zu vereinigen vermögen, und bewogen, nach Anhörung Unseres Gesamt-Staatsministeriums zu verordnen, was folgt:

§ 1. Wir bewilligen in Gnaden völlige Amnestie allen dem Civilstande Angehörigen, wegen der vorbezichneten in einfacher Unfolgsamkeit bestehenden Contraventionen gegen Unsere vor-

erwähnten Verordnungen, wogegen Wir der kriegsgerichtlichen Aburtheilung gegen diejenigen den ungehinderten Lauf lassen, welche

a) unter Mißbrauch ihrer amtlichen Eigenschaft in aktiv thätiger Weise für größere Ausdehnung des Widerstandes und Ungehorsams gegen die durch Unsere vorerwähnten Verordnungen getroffenen Anordnungen, insbesondere auch durch Bedrohung, Einschüchterung und Verfolgung öffentlicher Diener gewirkt haben,

b) durch Verbot der Einforderung der von unmittelbarer Erhebung abhängigen Begehler eine Beschädigung des Staatsvermögens herbeiführten,

c) der von Unserem Oberbefehlshaber in Gemäßheit des § 6 der Verordnung vom 7. September v. J. gegen sie ausgesprochenen Suspension von ihrem Amte sich widersetzt, und ihre Amtsthätigkeit fortgesetzt haben,

d) bestimmte besondere Befehle des Oberbefehlshabers nicht befolgen zu wollen, diesem erklärten und diesen Ungehorsam durch Rückführung der ihnen zugegangenen Befehle betätigten.

§ 2. Allen denjenigen Offizieren Unseres Armeekorps, welche um ihre Verabschiedung ungeachtet des Kriegszustandes nachgesucht haben, deren Verhalten aber sonst von diensthwidrigen Motiven und Handlungen frei gewesen, bewilligen Wir Unsere vollständige landesherrliche Verzeihung; wogegen dem gerichtlichen Untersuchungs- und Strafverfahren diejenigen Unserer Offiziere unterworfen bleiben, welche durch weiter greifende diensthwidrige Handlungen irgend einer Art, namentlich auch durch ungeschiele Veranlassung von Besprechungen, Verathungen und Verabredungen zu gemeinsamen Schritten, durch Ueberredung von Kameraden zur Betheiligung oder gar Geltendmachung der dienstlichen Autorität sich vergangen und den Widerstand gegen den Vollzug Unserer Verordnungen dadurch unterstützt haben.

§ 3. Zur Beseitigung jedes Zweifels wollen Wir noch ausdrücklich erklären, daß die gerichtliche Verfolgung gegen Alle Platz zu greifen hat, welche in die bezeichneten Kategorien gehören, gleichviel, ob sie inzwischen auf Ansuchen ihren Abschied erhalten haben oder in Pensionsstand versetzt sind oder noch im Dienste sich befinden.

Wogegen Wir aber auch Unsere Willensmeinung dahin kund geben, daß Wir Uns Unsere Allerhöchste Entschliebung hinsichtlich der in Strafe Verfallenden vorbehalten, welche mit vollständigem Anerkenntnis ihrer Verschuldung Unsere landesherrliche Gnade geziemender Weise in Anspruch nehmen werden. U. s. w. wie oben.

**Kassel, 27. Juni.** [Das Bundesmilitärgericht] will in Marburg einem Komplete auf die Spur gekommen sein. Die verdächtigen Personen sind verhaftet und ins hiesige Kassel abgeführt. In der Untersuchungsangelegenheit wegen der in Niederzwehren stattgefundenen Schlägerei hat das Kriegsgericht noch eine dritte Person verhaften lassen, die jedoch eben sowohl an der Verwundung des bairischen Feldwebels unbetheiligt sein soll, als die beiden übrigen Verhafteten. — Auf der benachbarten Eisenbahnstation Guntershausen bedrohten vor einigen Tagen mehrere im betrunkenen Zustande sich befindende bairische Soldaten mit den Seitengewehren die Eisenbahnbeamten. Der Inspektor des dortigen Bahnhofes mußte sich gleich den übrigen Beamten vor den sie verfolgenden Soldaten zurückziehen. Inzwischen kam der bairische General Graf du Ponteil herbei und ließ sofort einige der Excedenten verhaften und nach Kassel abführen. (Pr. Z.)

**Marburg, 23. Juni.** [Haus suchungen.] Unsere Stadt hat heute mit einem Male ein ganz kriegerisches Ansehen gewonnen, indem seit dem frühen Morgen die Wachen an allen Thoren verschärft und die öffentlichen Plätze mit Truppenabtheilungen besetzt sind, während gleichzeitig eine Menge von Haus suchungen bei Bürgern, Beamten und Universitäts-Lehrern vorgenommen wurde. Die Veranlassung zu diesen außerordentlichen Maßregeln liegt, wie man hört, in der Entdeckung eines Vorraths von Patronen, die ein hiesiger Bürger nach vom Jahre 1840 her in seinem Hause gehabt haben soll. Diese Entdeckung war schon vor acht Tagen gemacht worden; daß sie jetzt weiter verfolgt wird, scheint in besondern Befehlen von Kassel her seinen Grund zu haben. Ich glaube übrigens versichern zu können, daß sich die vermutheten heimlichen Waffenvorräthe nirgends gefunden haben, weil sie nirgends vorhanden waren. (Const. Z.)

**Heidelberg, 25. Juni.** [Haus suchung.] Heute früh wurde bei dem Sohn des Geheimraths Mittermaier, der Doctor der Medizin ist, von der Polizei Haus suchung gehalten und einige Papiere mit Beschlag belegt. Er selbst wurde in Jünnau, wo er sich zum Studium der Geisteskrankheiten befand, verhaftet und nach Kassel abgeführt. (Frf. Z.)

**Mannheim, 25. Juni.** [Verhaftung.] Nicht geringe Bestürzung erregte die gestern vorgenommene Verhaftung eines hiesigen angesehenen und wohlhabenden Bürgers, des Schlossermeisters S..... Derselbe gehört der demokratischen Partei an, hatte sich an unserer Revolution insoweit betheiligt, daß er vor Gericht gezogen, jedoch klagfrei gesprochen worden war. Gestern wird nun ganz unerwartet bei besagtem Bürger die strengste Hausuntersuchung vorgenommen und er selbst des Nachmittags auf Betreten ins Gefängnis abgeführt. Ueber den Grund seiner Verhaftung existiren die verschiedenartigsten Gerüchte. (D. A. Z.)

**Freiburg i. Br., 23. Juni.** [Rottck's Monument.] Verflornte Nacht wurde das Brustbild Karl v. Rottck's von seinem Monumente auf Befehl unseres Stadtdirektors und unter Mitwirkung des Bürgermeisters Nieder, eines geborenen Freiburgers, abgenommen. Nachdem dieses Monument schon über ein Jahr bestanden, wurde vom Gemeinderath beschloffen, dasselbe in einen Brunnen umzuwandeln. Wer giebt nun dem Gemeinderath das Recht, ein Denkmal, zu welchem nicht nur ganz Deutschland und Europa, sondern selbst Amerika beigetragen haben, und zu dessen Errichtung und Aufstellung die Erlaubniß vom Ministerium eingeholt und auch erteilt wurde, eigenmächtig zu demoliren? (Frf. Z.)

**Stuttgart, 25. Juni.** [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] kam das geheime Kabinet, gegen dessen Bestehen sich die Kammer schon im Jahre 1849 ausgesprochen hatte, abermals zur Verhandlung. Die Regierung glaubte dem Beschlusse der Kammer genügt zu haben, indem sie die Erhaltung desselben auf die Civilliste übernommen hatte, die Linke dagegen war der Ansicht, daß das geheime Kabinet neben seiner Eigenschaft als Privatkanzlei Sr. Majestät des Königs zugleich das Wesen einer unverantwortlichen Mittelstelle zwischen dem Staats-Oberhaupt und den Ministerien in sich vereinige, und daß dasselbe aus diesem Grunde mit dem reinen konstitutionellen System nicht wohl im Einklange stehe. Zwischen Schoder und dem Staatsrath v. Wächter-Spittler kommt es zu einem kleinen Rencontre, indem der erstere behauptete, der letztere habe den Betreffenden, die gegen die Kabinetts-Justiz Schutz suchten, erklärt, die Sache sei eine Privat-Außerung. v. Wächter-Spittler mußte im Allgemeinen den Vorwurf zugeben. Der Kommissions-Antrag, gegen die Sache nichts zu erinnern, wurde schließlich angenommen. Im Laufe der weiteren Verhandlung kam die Rede auf die Beschlüsse der ersten Kammer über die Nichtigkeit der Grundrechte, und A. Seeger bemerkte, die erste Kammer wolle die ganze Gesetzgebung von dem Tage an, wo die erste Kammer fahnenflüchtig geworden, also das Ablosungs-, Schwurgerichts-, Jagd-, Neustenerbarkeitsgesetz, umwerfen; dagegen müsse sich die zweite Kammer in einer der nächsten Sitzungen, noch vor der Vertagung,

entschieden aussprechen. Auf die Versicherung des jetzigen Ministeriums, der ersten Kammer nicht zuzustimmen, sei kein Gewicht zu legen, denn dieses könne ja einem andern Platz machen. Staatsrath v. Wächter-Spittler verteidigte die Regierung, welche zu keiner Zeit ihren Versicherungen untreu geworden sei; den Ausdruck „fahnenflüchtig“ rügte er als zum mindesten voreilig, indem man aus den Verhandlungen und Erörterungen der ersten Kammer wohl wissen könne, wie diese durch Tod, Krankheit, Abberufung ihrer Mitglieder auf andere Posten u. unvollzählig geworden sei. (N. Z.)

**Fürth, 23. Juni.** [Hausfuchung.] Auch hier wurde in der Wohnung des Hrn. Scheidig, Wundarztes am hiesigen Spital, nach einem unbekannten Etwas gefahndet, resp. Hausfuchung veranstaltet, ohne jedoch irgend ein Resultat zu erzielen. (N. C.)

**Dresden, 27. Juni.** Der Staatsminister v. Beust hat Dresden für einige Zeit verlassen, um sich zunächst nach Baiern und dann zur Badekur nach Gastein zu begeben. Seine Rückkehr steht Anfang August zu erwarten.

Das Dresdner Journal veröffentlicht als weiteren Beitrag zu den neulich von ihm gemachten Mittheilungen über die Verhaftung des Dr. Bürgers und Genossen ein Dokument d. d. London, im März 1850, welches insbesondere auch darum von Interesse sei, weil daraus mit Evidenz hervorgehe, daß die Richtung des social-demokratisch-kommunistischen Bundes bis in das Jahr 1847 zurückreiche, also nicht erst ein Ergebnis der französischen Februarrevolution sei.

Der Polizeirath Schulze aus Berlin ist vor einigen Tagen hier eingetroffen und hat mit dem verhafteten Dr. Bürgers aus Köln bereits einige Verhöre vorgenommen.

**Hannover, 25. Juni.** [Stübe's Rücktritt.] Jetzt ist das Geheimniß aufgeklärt, weshalb Stübe resignirt und sich in die Einsamkeit zurückgezogen hat. Die Regierung gebrauchte das von Stübe erfundene Mittel wegen der Amtsgerichte und Verwaltungs-Beamten, über welche alles Mögliche im vorigen Jahre verhandelt und erledigt war, nochmals mit einer neuen Vorlage zu kommen, die nicht allein verschiedene Bestimmungen abändern, sondern, was die Hauptsache ist, mehr Geld bewilligt haben wollte; Stübe verwies dieses Schreiben an den Finanz-Ausschuß, dessen Mitglieder Stübe, Lehzen, Lindemann, v. Hammerstein, Schagrath v. Bothmer u. m. A. waren. Hier nun hat Stübe eine Denkschrift vorgebracht, worin er dem Finanz-Ausschuß auseinander zu setzen sucht, was er in der Kammer selbst nicht hat eingestehen wollen, daß die Regierung von den im Jahre 1850 von den Ständen angenommenen und festgestellten Grundsätzen abgewichen sei. Er ist aber nicht durchgedrungen, da der Ausschuß die merkwürdige Entscheidung abgegeben hat, die Regierung sei bei den festgesetzten Grundsätzen geblieben. Wenn es nun auch am Tage liegt, daß Stübe selbst die von ihm im Jahr 1849 den Ständen vorgelegten Grundsätze im Jahre 1850 zwar nicht offenbar umging, aber sie durch seine getreuen Kommissionen umgehen ließ, so hat er doch nicht ertragen können, beim Finanz-Ausschuß so wenig Unterstützung zu finden, und deshalb ist er zurückgetreten. Sein Freund Lehzen ist noch immer in der Kammer, und auch Bennigsen hat bis jetzt nicht resignirt. (Const. Z.)

### Dänemark.

**Kopenhagen, 26. Juni** Vormittags. Unmittelbar nachdem die Herren Reedz und Tillisch gestern Mittag mit dem Dampfschiffe „Hella“ von Helsingborg hier eingetroffen waren, begaben sie sich zum Könige, der sich auf dem Christiansborger Schlosse befand. Beide scheinen getrennt — Reedz eine lange — Audienz beim Könige gehabt zu haben. Heute soll eine Sitzung des Gesamtministeriums stattfinden, nach der, wie man glaubt, der König wieder nach Frederiksberg zurückkehren wird.

### Oesterreich.

**Wien, 28. Juni.** [Armee-Reduktion. — Eintreibung der Steuer-Rückstände. — Des Kaisers Reise.] Die Verminderung des Armeestandes wird abermals um einen Schritt weiter fortgeführt werden, indem im Wege der Beurlaubung von jeder Compagnie 30 Mann entlassen werden sollen, was im Ganzen eine Ersparniß von 2½ Millionen erzwecken dürfte, da damit noch einige andere kleine Reduktionen verknüpft sind, wie z. B. beim Artillerietrain in Bezug auf Mannschaft und Bespannung. Einer Auflösung ganzer Truppenkörper widerseht sich Baron Hess mit Entschiedenheit, weil die politische Lage des Welttheils eine Entwaffnung nicht zuläßt und man aus Erfahrung die großen Schwierigkeiten der Cadresbildung kennt; diese Verminderung des Heerstandes im Urlaubsweg ist eine neue Finanzmaßregel und berührt das taktische Element der Armee in keiner Weise, weil in vierzehn Tagen alle Bataillone komplett ins Feld rücken können.

Unter dem verarmten Handwerkerstand erregt die rücksichtslose Strenge, mit welcher dormalen alle Steuerrückstände aus dem Jahre 1848 eingetrieben werden, große Unzufriedenheit, besonders bei dem Umstande, daß vielen derselben damals in Folge ihrer bei der Steuerkommission des Magistrats eingereichten Gesuche die Nachsicht der Erwerbssteuer bewilligt worden, da die Zeiten der Unruhe keinen lebendigen Erwerbsverkehr aufkommen ließen und die Verarmung riesenhafte Fortschritte machte. Nunmehr sucht das k. k. Steueramt, dem die Magistrats-Sektion die bezüglichen Steuerregister überhändigt hatte, in den Amtsbüchern jene Rückstände auf und fordert, ohne Rücksicht auf die von der damals allseitig hartbedrängten Regierung nochgebrungenen bewilligten Nachlässe, zur sofortigen Zahlung auf, und wo dieser Forderung nicht alsbald nachgekommen wird, erfolgt alsdann die Exekution durch Einlegung von Soldaten ins Quartier. Bedenkt man nun, daß diese Rückstände gleichzeitig mit der Erhöhung fast aller Steuern eingefordert werden und zieht die Armuth mancher Handwerkerfamilien in Betracht, die plötzlich 30—50 Fl. bezahlen sollen und oft nicht so viel Kreuzer besitzen, so kann man sich die Verzweiflung der Leute vorstellen.

Die Reise des Monarchen nach Norden wird sich keineswegs weiter erstrecken, als auf das Kronland Galizien, und der Besuch Siebenbürgens, der Militärgrenze und Kroatiens liegt nicht in der Absicht des Kaisers, dessen Abwesenheit sich vom 29. d. M. bis zum 22. Juli erstrecken wird, worauf die Rückkehr nach Wien erfolgt. Ob bis dahin der projektierte und in der Zeitungspreß mehrfach angeregte Fürstentkongreß in der Hauptstadt Oesterreichs zu Stande kommen werde, scheint vor der Hand noch unentschieden zu sein und mag von dem mehr oder minder raschen Gang in der Lösung der europäischen Wirren abhängig sein.

### Frankreich.

**Paris, 26. Juni.** [Die Revisionsfrage. — Der St. Beuvesche Antrag auf Aenderung des Handelssystems. — Vermischtes.] Die Politik hat heute Stillstand gemacht; denn die Revisions-Kommission wird erst zusammengetreten, wenn Herr von Tocqueville seinen Bericht fertig haben wird, um ihn verlesen

zu hören. Heute unterhielt man sich eigentlich nur über die Wahl des Herrn von Tocqueville zum Berichterstatter, welche von den bonapartistischen Blättern sehr übel aufgenommen worden ist. Bemerkenswerth ist es, daß Berryer, obwohl er im Schooße der Revisions-Kommission sich gleichfalls anti-elyseisch geäußert, seine Stimme gleichwohl nicht Herrn von Tocqueville gegeben, ja nicht einmal der Zersplitterung Preis gegeben, sondern auch Herrn von Broglie abgegeben hat, dessen Prorogation der Präsidialgewalt günstige Gesinnung für Niemanden in Zweifel steht. Es ist dies ein neuer Beweis, daß die legitimistische Partei, deren Oberhaupt Herr Berryer ist, falsches Spiel spielt und daß dieselbe, trotz aller Erklärungen Berryers im entscheidenden Augenblick, sich für die Prorogation erklären wird.

Die elyseischen Blätter streiten sich inzwischen mit der Unter-Kommission über die wirkliche Ziffer der Petitionen. La Patrie behauptet, daß die Unter-Kommission eine große Anzahl der eingereichten Petitionen unberücksichtigt läßt und daß die Zahl der Unterschriften sich auf 1,100,000 beläuft. Dagegen behauptet die Unter-Kommission, daß in 67 Departements die Zahl der Unterschriften 650,000 beträgt, so daß, der Analogie nach, die 86 Departements Frankreichs die von der Patrie aufgestellten Ziffern schwerlich ergeben werden.

Uebrigens läßt das Petitionswesen bedeutend nach, und da kein Verständiger ihm überhaupt eine Wichtigkeit oder eine wahre Aufklärung über den Stand der öffentlichen Meinung beimißt, wird es auch auf die Entschließung der National-Versammlung keinen Einfluß üben.

Die Legislative beschäftigte sich mit dem Antrag St. Beuves, betreffend eine Modifikation des französischen Handelssystems. Trozdem, daß die beiden Minister Baroche und Faucher wegen Abwesenheit ihres Kollegen, des Handelsminister Buffet, auf Vertagung der Debatte drangen, ward dieselbe nach dem Vorschlag des Herrn Thiers dennoch eröffnet.

Die Sitzung wird durch den Vortrag des Herrn St. Beuve allein ausgefüllt, welcher drei Stunden lang sprach, ohne sein Thema zu erschöpfen. Sein Antrag läßt sich in folgendem Gesichtspunkt zusammenfassen: Abschaffung aller Steuern auf Lebensmittel und Rohstoffe, Reduktion der Eisenzölle, freier Verkehr mit den Kolonien, gleicher Tarif mit der Hauptstadt, Aufhebung aller Prohibitivzölle, Abschaffung des Handelsministeriums, um die aus den übrigen Maßregeln entspringende Einbuße von 73 Millionen zu decken. Herr Thiers wird morgen gegen den Antrag sprechen.

Man erzählt sich heute, daß das berühmte Comité des Widerstands sich auflöst haben und zwar in Folge einer Sitzung, wobei man sich über den Kandidaten zur Präsidentschaft im Jahre 1852 nicht einigen konnte. Von der einen Seite ward Blanqui vorgeschlagen, von der andern Barbes. Als man noch einen schlichteren Versuch machte, den General Cavaignac auf das Tapet zu bringen, erklärte sich das ganze Conclave dafür, daß man viel lieber in die Verlängerung der gegenwärtigen Präsidentschaft willigen wolle.

Uebrigens halten sich die Faubourgs ganz ruhig; in den Werkstätten scheut man eine Emeute noch viel mehr, als in den Salons. Der Arbeiter, welcher die Juni-Niederlage noch nicht vergessen hat, fürchtet mehr als er hofft von dem so vielfach vorher verkündeten Entscheidungs-Prozesse des Jahres 1852.

Der Präsident nahm heute abermals auf dem Marsfelde eine Revue ab, über welche sich weiter nichts berichten läßt, außer daß der Präsident die Klugheit besaß, gleich nach Beendigung derselben den Rückweg nach dem Elysée in einer andern Richtung, als vorher bestimmt war, einzuschlagen. Dadurch ward ein schon vorbereiteter Rencontre der Dir-Decembristen mit den republikanischen Blousenmännern vermieden, welche sich in ungewöhnlich großer Zahl versammelt hatten, um den Ruf der Erstern: Es lebe der Präsident, mit dem Rufe: Es lebe die demokratische Republik! zu erstickten.

Laménais hat vor einigen Tagen an den Pater Ventura geschrieben, um ihn zu einer Konferenz einzuladen. Der Pater Ventura wollte sich nur dazu verstehen, wenn die Zusammenkunft an einem dritten Orte stattfände. Dies ist geschehen und der berühmte Theatiner hat drei Stunden lang mit seinem berühmten Freunde über die Fehler debattirt, welche seinen Sturz herbeigeführt haben. Ventura hat dem Abbé Laménais mit großer Offenheit und ohne Rückhalt seine Meinung gesagt, so daß dieser am Ende der Unterredung bemerkte: „Seien Sie nicht zu grausam gegen mich; ich werde Ihrer vielleicht in Kürze bedürfen.“

Mehrere Blätter haben die illustrierten Berichte über den Prozeß Bocarmé für unmoralisch erklärt; dies gab Veranlassung, daß heute die ganze noch vorhandene Auflage bei dem Herausgeber polizeilich in Beschlag genommen ward.

### Rußland.

[Niederlage der Russen im Kaukasus.] Nachrichten, welche über Trappezug vom Kriegsschauplatz im Kaukasus einlaufen, melden, daß Mehemet Emin Effendi und Naib Schamil, Führer der Abeschken und anderer westkaukasischer Stämme mit einer 20,000 Mann starken Horde die Linie von Tschemer überfielen, die in den Verschanzungen befindlichen Truppen schlugen und den General Serebriakoff nöthigten, sich mit seiner Truppenmacht in Tschemer einzuschließen. Weiter wird berichtet, daß die Tscherkessen eine Hilfsabtheilung nach dem kleinen, am schwarzen Meere gelegenen Fort Dschuba entsendeten, welches die Russen bis jetzt nicht eingenommen haben.

### Portugal.

**Lissabon, 19. Juni.** [Gerücht von einem theilweisen Ministerwechsel.] Man spricht noch immer viel von einer Kabinet-Aenderung. Dasselbe würde in folgender Weise zusammengesetzt werden. Saldanha, Kriegsminister und kommandirender Chef der Armee; Fonseca Magalhães, Auswärtiges; Postana (der gegenwärtige Minister des Innern) Marine und Kolonien; Ferrao, Justiz; Silva Cabral, Inneres. Der Marquis von Loulé, Franzini, Souré und Torvis würden demnach zurücktreten. Das Finanzministerium ging auf den Vicomte von Alges über.

Der Graf das Antas ist zum General-Inspektor der Infanterie ernannt worden; das bezügliche Dekret ist bereits unterzeichnet. In Gemäßheit des neuen Wahlgesetzes, werden die Listen von Wahlkommissionen festgestellt. Jeder Wähler, welcher als solcher gelten will, wird sich über seinen Wohnsitz durch Miethzettel ausweisen; jede übergangene Person kann gegen die Auslassung remonstrieren. Auf je hundert Stimmende wird

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.